



## Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Knaup

Telefon: (0221) 221-26014

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: maria.knaup@stadt-koeln.de

Datum: 11.07.2016

## Niederschrift

über die **15. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 06.06.2016, 16:30 Uhr bis 18:40 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

## Anwesend waren:

### Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Börschel	SPD	
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD	
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Frau Monika Schultes	SPD	
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	bis 18:21 Uhr
Frau Ursula Gärtner	CDU	
Herr Niklas Kienitz	CDU	
Herr Bernd Petelkau	CDU	
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE	
Herr Jörg Frank	GRÜNE	
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE	
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE	

### Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ulrich Breite	FDP	Vertreter von Herrn Sterck
--------------------	-----	----------------------------

### Verwaltung

Frau Beigeordnete Ute Berg

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug	ab 17:20 Uhr
-------------------------------------	--------------

Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach

Herr Dr. Lothar Becker

Frau Pia Gies

Frau Christine Kronenberg bis 18:23 Uhr

Frau Petra Engel Vertreterin von Frau Kronenberg ab 18:23 Uhr

Herr Gregor Timmer

Herr Jörg Dicken GPR

### **Gäste**

Herr Roger Grün Bau-Sachverständigen Institut Roger Grün GmbH

### **Schriftführerin**

Frau Maria Knaup

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Ralph Sterck FDP vertreten durch Herrn Breite

### **Beratende Mitglieder**

Herr Jochen Haug AfD

### **Verwaltung**

Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing

Frau Oberbürgermeisterin Reker eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.  
Herr Dicken, Vertreter des Gesamtpersonalrates sei zu TOP 12.2 anwesend.

Es gibt folgende Zusetzungen:

## **I. Öffentlicher Teil**

2.1.7 Mitteilung der Verwaltung vor betreffend "Kostenaufstellung Großschadensereignis Einsturz Historisches Archiv für den Zeitraum 03.03.2009 bis zum 30.04.2016

0967/2016

2.1.8 Mitteilung über die Teilnahme der Stadt Köln an der Aktion „Stadtradeln“ vom 05.09. bis zum 25.09.2016 vor

0967/2016

3.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Haushaltsplanentwurf 2016/2017: Erläuterungen zum Veränderungsnachweis 1 und Umsetzung von Haushaltsbegleitbeschlüssen“ AN/1004/2016

3.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: 100. Geburtstag von Heinrich Böll

AN/1006/2016

5.1.1 Dringlichkeitsentscheidung: 1. Verordnung zur Änderung der 2. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2016 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen vom 15.12.2015

1812/2016

## **II Nichtöffentlichen Teil**

12.1 Personalie

1667/2016

12.2 Freistellung nach § 34 Freistellungs- und Urlaubsverordnung NRW

1660/2016

Es gibt folgenden Dringlichkeitsantrag:

4.1 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend: Hpl 2016/2017: Prüfung der aktuellen Tariferhöhungen bei den freien Trägern

AN/1030/2016

Frau Oberbürgermeisterin Reker fragt, ob es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit gibt.

Herr Börschel äußert, dass er die Dringlichkeit in diesem Fall nicht in Zweifel ziehen möchte, sich dies aber für die Zukunft für ähnliche Fälle vorbehalte, da es sich eigentlich um eine Anfrage handele.

Herr Petelkau erläutert die Dringlichkeit des Antrages.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen. Diese wird einstimmig angenommen.

Die nachfolgende Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Zu TOP 2.1.5 teilt Frau Oberbürgermeisterin Reker mit, dass Herr Stadtdirektor Kahlen Herrn Grün, den Gutachter der Verwaltung eingeladen habe. Sie lässt darüber abstimmen, dass Herr Grün zu TOP 2.1.5 spricht. Dies wird einstimmig angenommen.

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

- 1 **Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 2 **Mitteilungen**
  - 2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin
    - 2.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung vom 04.09.2015 von Herrn Frank, Bündnis 90/Die Grünen, zum Thema Wahl des/der Oberbürgermeisters/Oberbürgermeisterin  
0744/2016
    - 2.1.2 Beantwortung der gestellten Nachfragen zu TOP 2.1.3 von Herrn Frank - Bündnis 90/Die Grünen - aus der Sitzung des Hauptausschusses am 22.02.2016 (0549/2016)  
0948/2016
    - 2.1.3 Mündliche Anfrage aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 22.02.2016 von Herrn Börschel, SPD-Fraktion "Vierte Betriebsleitung Bühnen der Stadt Köln"  
hier: Beantwortung  
0829/2016
    - 2.1.4 Akteneinsichten gem. § 55 Absatz 4 GO NRW hinsichtlich der Bühnen am Offenbachplatz  
1052/2016
    - 2.1.5 Hubschrauberstation Kalkberg - Sachstand und weitere Vorgehensweise  
  
Nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung des Kalkbergs / hier: Sachstand und weiteres Vorgehen  
1943/2016  
  
Zwischenbericht zur Standortprüfung für eine Rettungshubschrauberstation in Köln nach der Ratsentscheidung am 15.12.2015  
1845/2016
    - 2.1.6 Verwaltungsstrukturreform Stadt Köln
    - 2.1.7 Kostenaufstellung Großschadensereignis Einsturz Historisches Archiv für den Zeitraum vom 03.03.2009 bis zum 30.04.2016  
0967/2016

2.1.8 Köln nimmt an Aktion "Stadtradeln" vom 05.09. bis 25.09.2016 teil  
1148/2016

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

**3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

3.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Absage des David Gilmour-Konzerts"  
AN/0302/2016

Stellungnahme der Verwaltung zu TOP 3.1  
0585/2016

3.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Haushaltsplanentwurf 2016/2017  
Erläuterungen zum Veränderungsnachweis 1 und Umsetzung von Haushaltsbegleitbeschlüssen  
AN/1004/2016

Stellungnahme der Verwaltung zu TOP 3.2  
1957/2016

3.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: 100. Geburtstag von Heinrich Böll  
AN/1006/2016

Stellungnahme der Verwaltung zu TOP 3.3  
1998/2016

**4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

4.1 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend: Hpl 2016/2017: Prüfung der aktuellen Tariferhöhungen bei den freien Trägern  
AN/1030/2016

Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke. zu TOP 4.1  
AN/1032/2016

## **5 Dringlichkeitsentscheidungen**

5.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.1.1 1. Verordnung zur Änderung der 2. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2016 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen vom 15.12.2015  
1812/2016

5.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

## **6 Sonstige Allgemeine Vorlagen**

6.1 Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen  
Überführung des Evaluationsbetriebes in den Echtbetrieb  
3516/2015

Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Grüne, Die Linke., FDP  
zu TOP 6.1  
AN/1033/2016

## **7 Mündliche Anfragen**

## **I. Öffentlicher Teil**

**1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**2 Mitteilungen**

**2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin**

**2.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung vom 04.09.2015 von Herrn Frank, Bündnis 90/Die Grünen, zum Thema Wahl des/der Oberbürgermeisters/Oberbürgermeisterin  
0744/2016**

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**2.1.2 Beantwortung der gestellten Nachfragen zu TOP 2.1.3 von Herrn Frank - Bündnis 90/Die Grünen - aus der Sitzung des Hauptausschusses am 22.02.2016 (0549/2016)  
0948/2016**

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**2.1.3 Mündliche Anfrage aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 22.02.2016 von Herrn Börschel, SPD-Fraktion "Vierte Betriebsleitung Bühnen der Stadt Köln"  
hier: Beantwortung  
0829/2016**

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**2.1.4 Akteneinsichten gem. § 55 Absatz 4 GO NRW hinsichtlich der Bühnen am Offenbachplatz  
1052/2016**

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**2.1.5 Hubschrauberstation Kalkberg - Sachstand und weitere Vorgehensweise  
  
Nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung des Kalkbergs / hier: Sachstand und weiteres Vorgehen  
1943/2016**

**Zwischenbericht zur Standortprüfung für eine Rettungshubschrauberstation in Köln nach der Ratsentscheidung am 15.12.2015  
1845/2016**

Der Hauptausschuss nimmt die beiden Mitteilungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Frank äußert, dass er in der Vorlage 1943/2016 eine Übersicht über die einzuleitenden Maßnahmen vermisste, wie sie in der gemeinsamen Sitzung des Gesundheitsausschusses, Ausschusses für Umwelt und Grün und des Bauausschusses am 18.03.2016 gewünscht worden sei.

Herr Stadtdirektor Kahlen kündigt eine gesonderte Ratsvorlage an, welche den Ratsmitgliedern in Kürze zugehe.

Frau Stahlhofen fragt, ob die Verwaltung zu möglichen Kampfmitteln im Kalkberg Aussagen machen könne und berichtet von der Dissertation von Tatjana Libor-Dörste aus dem Jahr 2001.

Frau Jahn fragt nach dem Nachweis über die Verwendung der Mittel in Höhe von 500.000 €, der in der gemeinsamen Sitzung am 18.03.2016 erfragt worden sei.

Herr Stadtdirektor Kahlen erklärt, dass Gefahr im Verzug bestand und er aus diesem Grund die Planung beauftragt habe. Die Frage zur Dissertation könne er in der heutigen Sitzung nicht beantworten. Zur Frage von Frau Jahn antwortet Herr Stadtdirektor Kahlen, dass er in der Sondersitzung vorgeschlagen habe, bis zur Leistungsphase 5 zu gehen – daher stamme auch die Summe von 500.000 €. Man ermittle derzeit die Aufgabenstellung (Leistungsphase 3) für den gesamten Kalkberg (mit Ausnahme des südlichen Teils entlang der B 55a) dahingehend, um dann für bis zu fünf Abschnitte entsprechende Weiterplanungs- und Baubeschlüsse vorlegen zu können. Den Weiterplanungs- und Baubeschluss für den ersten Abschnitt lege er kurzfristig vor. Der Arbeitsauftrag, den er am 18.03.2016 erteilt habe, gehe insofern weiter, dass er auch den nördlichen Bereich (Richtung Bischofsacker) und den östlichen Bereich (zur Kalk-Mülheimer Straße) des Kalkberges umfasse. Man werde auch einen Abschnitt 5 vorlegen.

Herr Stadtdirektor Kahlen berichtet von der Mitteilung 1737/2016 *Detailuntersuchung des Grundwassers im Umfeld des Kalkberges insbesondere im Hinblick auf Cyanide*. Er informiert, dass die Verwaltung der Politik auch einen Vorschlag zum Bereich entlang der B 55a machen werde, welcher aus Umweltschutzgesichtspunkten resultiere. Den Nachweis über die bisher verursachten Kosten werde man schnellstmöglich darlegen.

Herr Petelkau fragt, ob die Weiterverbauung von Deponiemitteln Auswirkung auf die spätere Sanierung habe. Weiter fragt er nach den mittel- und langfristigen Folgen der Cyanidbelastung und nach der Entfernung zu den nächsten Entnahmestellen von Grundwasser. Herr Petelkau fragt weiter nach den Abwehrmaßnahmen zu sich lösenden Partikeln aus der Deponie. Herr Petelkau geht auf die Seiten 44 ff. des Gutachtens ein (Planungsfehler). Hierzu fragt er nach dem Sachstand zu rechtlichen Konsequenzen und Schadensersatzansprüchen.

Herr Stadtdirektor Kahlen ergänzt, dass das Thema auch in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün am 07.06.2016 behandelt werde. Das Thema Weiterplanungs- und Baubeschluss werde am 20.06.2016 in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün und des Bauausschusses behandelt.



Frau Jahn merkt an, dass die Belange des Umweltschutzes ständiger und integraler Bestandteil der Planungen sein müssten. Sie fragt, ob Herr Stadtdirektor Kahlen weiterhin der Meinung sei, dass Gefahr im Verzug vorliege.

Herr Stadtdirektor Kahlen antwortet, dass der Gefahrenzustand erst beseitigt sei, wenn die Sanierungsmaßnahmen durchgeführt seien. Er berichtet, dass man im Jahr 2012 erstmals Cyanide gefunden habe. Demzufolge habe man ein Sondierungs- und Messprogramm, angelegt auf 20 Jahre, veranlasst. Die Frage konkreter Sanierungsmaßnahmen konnte hier noch nicht definiert werden. Diese Untersuchungen liefen seit dem Jahr 2013 und seien öffentlich einsehbar. Nun sei man das erste Mal in der Lage, die Fragen möglicher Sanierungsmaßnahmen zu definieren - hinsichtlich der Maßnahmen des Umweltschutzes sei dies eine Chance.

Herr Grün antwortet auf die Frage von Frau Stahlhofen, dass man im Gutachten alle Zitate als solche darstelle. Frau Stahlhofen fragt nach möglichen Schadensersatzansprüchen bezüglich der Schiefstellung. Herr Grün antwortet, dass er davon ausgehe, dass nach der Haldenstabilisation am Hangar alles regelbar sei, wenn man gewisse Sicherheitsvorkehrungen treffe.

Herr Börschel fragt nach einem möglichen Fortschritt im Hinblick auf den Ratsbeschluss vom 15.03.2016, mit dem der Rat die Verwaltung u.a. beauftragt hatte, mit der Regierungspräsidentin Düsseldorfs, Frau Lütkes, im Vorfeld genehmigungsrechtliche Fragen zu Alternativstandorten zu klären.

Herr Stadtdirektor Kahlen verweist hierzu auf die Vorlage 1845/2016 (Tischvorlage).

Herr Frank äußert den Eindruck, dass seitens der Stadtverwaltung den Fachleuten der Aufsichtsbehörde nicht ausreichend dargelegt worden sei, wie die Situation sei.

Herr Börschel betont, dass seine Fraktion es richtig finde, dass die erste Priorität darauf liege, Maßnahmen zur Gefahrenabwehr/Sicherung der Halde zu identifizieren. Er fragt, ob er es richtig verstehe, dass die Bezirksregierung Düsseldorf ausschließlich einen einzigen Standort zu einem Zeitpunkt im Rahmen eines Antrages prüfe. Er fragt, inwieweit die Bezirksregierung Düsseldorf kooperationsbereit im Sinne des Ratsanliegens sei.

Herr Stadtdirektor Kahlen antwortet, dass der Bezirksregierung Düsseldorf im Gespräch und in der Vorbereitung des Gespräches die Situation ausreichend dargelegt wurde, was man auch der Niederschrift entnehmen könne. Weiter habe man in der ursprünglichen Prüfungsmatrix einen Hochstellplatz der Messe als potentiellen Standort aufgeführt. Dies sei von der Fraktion Die Linke. ausdrücklich in den Prüfauftrag P22 eingebracht worden – daher werde der Standort hier besonders erwähnt. Er verweist auf die Niederschrift. Der alte Standort sei nach Auffassung der Bezirksregierung nicht mehr neu überprüfbar gewesen, da der Standort im entsprechenden Genehmigungsverfahren in der Abwägung nicht mehr prioritär gewesen sei.

Frau Stahlhofen merkt an, dass man – wenn man die Notwendigkeit als Schwerpunkt setze, bei der Messe den Hubschrauberlandeplatz zu bauen – dies von vornherein anders bauen könne.

Herr Stadtdirektor Kahlen sagt zu, die verbleibenden Fragen zu prüfen und schriftlich zu beantworten. Er verweist auch auf die Niederschrift in der Vorlage.

## **2.1.6 Verwaltungsstruktureform Stadt Köln**

Frau Oberbürgermeisterin Reker erläutert die geplante Verwaltungsreform anhand einer Präsentation (Anlage). Die Reform sei Teil einer Gesamtstrategie für die Stadt

als Grundlage auch für die Haushaltsplanberatungen 2018 ff. Sie bittet, den Prozess positiv zu begleiten. Frau Oberbürgermeisterin Reker sagt zu, die Präsentation zur Verfügung zu stellen.

Herr Börschel begrüßt, dass Frau Oberbürgermeisterin Reker diesen Prozess anstoße. Es sei legitim, die Steuerung des Prozesses unmittelbar im Büro der Oberbürgermeisterin anzusiedeln. Er weist auf die Faktoren Arbeitszufriedenheit und Arbeitsbedingungen/Arbeitsverdichtung der Beschäftigten hin. Er merkt an, dass er im Vortrag die Verknüpfung zur Zielrichtung, durch die Verwaltungsreform Haushaltsmittel einzusparen, vermisst habe.

Frau Oberbürgermeisterin Reker erwidert, dass man die Steuerung des Prozesses aufgrund der Erfahrungen der Stadt Mannheim im Büro der Oberbürgermeisterin ansiedle. Einsparungen erwarte man durch Effizienzerhöhung. Eine Chance liege beispielsweise in der Digitalisierung. Hinsichtlich der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsverdichtung der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betont sie, dass man für die Verwaltungsreform Ressourcen benötige und nicht jede bzw. jeder noch zusätzliche Aufgaben bekommen könne.

Herr Petelkau begrüßt die geplante Verwaltungsreform sehr. Die CDU habe in den vergangenen Jahren immer wieder u.a. auf den hohen Krankenstand hingewiesen. Wichtig sei, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitzunehmen. Seiner Meinung nach sei das Thema Haushaltskonsolidierung sehr wohl mit der Reform kombinierbar, insbesondere wenn man auch das Thema Aufgabenkritik angehe. Herr Petelkau sagt einen sehr konstruktiven Dialog seitens der CDU-Fraktion zu und dass die Fraktion den Prozess positiv begleiten und unterstützen werde.

Herr Breite begrüßt die geplante Verwaltungsreform und schätzt, dass das Thema in der Kölner Bürgerschaft sehr positiv aufgenommen werde. Die Bürgerschaft wolle, dass die Verwaltung sich endlich neu aufstelle.

Herr Frank macht deutlich, dass seine Fraktion die geplante Reform richtig und überfällig finde und die Verwaltungsreform gerne konstruktiv begleiten werde.

#### **2.1.7 Kostenaufstellung Großschadensereignis Einsturz Historisches Archiv für den Zeitraum vom 03.03.2009 bis zum 30.04.2016 0967/2016**

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **2.1.8 Köln nimmt an Aktion "Stadtradeln" vom 05.09. bis 25.09.2016 teil 1148/2016**

Frau Jahn begrüßt die Teilnahme an der Aktion.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

## **2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen**

### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **3.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Absage des David Gilmour-Konzerts" AN/0302/2016**

##### **Stellungnahme der Verwaltung zu TOP 3.1 0585/2016**

Herr Frank merkt an, dass die geleistete Aufarbeitung vorbildlich sei, da man hieraus erkennen könne, wo der Fehler passiert sei: Die enge Kommunikation mit dem Veranstalter sei an einer Stelle unterbrochen und durch eine Meldung in der Zeitung „ersetzt“ worden. Man könne hieraus Schlüsse für eine Verbesserung in der Zukunft ziehen.

Der Hauptausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **3.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Haushaltsplanentwurf 2016/2017 Erläuterungen zum Veränderungsnachweis 1 und Umsetzung von Haushaltsbegleitbeschlüssen AN/1004/2016**

##### **Stellungnahme der Verwaltung zu TOP 3.2 1957/2016**

Herr Börschel dankt für die zügige und umfangreiche Beantwortung der Anfrage. Zu I.1 merkt er an, dass sich diese Position direkt im Haushaltsentwurf und nicht nachträglich hätte finden können. Zu I.3 merkt er an, dass hier die Beantwortung fehle, in welchen Bereichen und in welcher Weise Mittel kompensiert werden sollten. Zu I.4 merkt er an, dass hier im Veränderungsnachweis 1 überplanmäßige Ausgaben angekündigt würden.

Frau Oberbürgermeisterin Reker nimmt hierzu Stellung.

Frau Stadtkämmerin Klug ergänzt, dass der Veränderungsnachweis 2 in den nächsten Tagen fertig gestellt würde. Darüber hinaus plane man derzeit den Veränderungsnachweis 3, welcher sich mit den Auswirkungen des Nachtragshaushaltes der Landesregierung beschäftige.

Der Hauptausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **3.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: 100. Geburtstag von Heinrich Böll AN/1006/2016**

**Stellungnahme der Verwaltung zu TOP 3.3  
1998/2016**

Der Hauptausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**4.1 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend: Hpl 2016/2017: Prüfung der aktuellen Tarifierhöhungen bei den freien Trägern  
AN/1030/2016**

**Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke. zu TOP 4.1  
AN/1032/2016**

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass die Trägerlandschaft ein sehr unterschiedliches Tarifgefüge habe. Man werde das Prüfergebnis jedoch schnellstmöglich vorlegen.

Zu dem TOP liegt ein Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke. vor. Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt zuerst über den Ergänzungsantrag abstimmen.

**Beschluss:**

Der Beschlusstext des vorgelegten Antrages wird wie folgt ergänzt:

Die Verwaltung wird darüber hinaus damit beauftragt, dem Finanzausschuss die haushaltsmäßigen Auswirkungen darzulegen, die eine Berücksichtigung der Tarifierhöhungen seit (einschließlich) 2010 bei den Zuschüssen an Träger der freien Wohlfahrtspflege, der freien Jugendhilfe, Sozialarbeit und Gesundheit heben würde. Zudem möge die Verwaltung darstellen, welche Finanzierungslücke bei den freien Trägern seit 2010 dadurch entstanden ist, dass sie ihnen in der städtischen Förderung kein Tarifausgleich gewährt wurde. Seitens der Wohlfahrtsverbände wird allein die ihnen seit 2010 entstandene Finanzierungslücke auf 8 % geschätzt.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich gegen die Stimme von Frau Stahlhofen abgelehnt.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über den Ursprungsantrag abstimmen:

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig zu prüfen und dem Finanzausschuss darzustellen, welche haushaltsmäßigen Auswirkungen die aktuellen Tarifierhöhungen im Bereich des Vka zum 01.03.2016 und zum 01.02.2017 auslösen würden, wenn diese als Zuschüsse an die Träger der freien Wohlfahrtspflege, der freien Jugendhilfe, Sozialarbeit und Gesundheit ausgezahlt würden.

Das Volumen des jeweiligen zusätzlichen Transferaufwands im zuständigen Teilplan ist darzustellen. Zudem soll die Verwaltung mitteilen, inwieweit sie eine angemessene

Bezuschussung der Träger im Rahmen eines Veränderungsnachweises zum Hpl-Entwurf 2016/2017 berücksichtigen möchte.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

## **5 Dringlichkeitsentscheidungen**

### **5.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

#### **5.1.1 1. Verordnung zur Änderung der 2. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2016 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen vom 15.12.2015 1812/2016**

#### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss beschließt gem. § 60 Abs.1 Satz 1 GO NW in Verbindung mit § 6 LÖG NRW den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten 1. Verordnung zur Änderung der 2. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2016 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen vom 15.12.2015 (Amtsblatt der Stadt Köln Nummer 6 vom 17.02.2016).

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

### **5.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

## **6 Sonstige Allgemeine Vorlagen**

### **6.1 Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen Überführung des Evaluationsbetriebes in den Echtbetrieb 3516/2015**

**Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Grüne, Die Linke.,  
FDP zu TOP 6.1  
AN/1033/2016**

Herr Börschel schlägt vor, die Angelegenheit in den AVR zu verweisen, um bis dahin eine breite Mehrheit herstellen zu können.

Herr Dr. Elster berichtet aus der Sitzung des Unterausschusses Digitale Kommunikation und Organisation. Sein Eindruck sei gewesen, dass für die heutige Sitzung ein breiter Konsens angestrebt würde.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über den Verweisungsantrag abstimmen.

#### **Beschluss:**

Gemäß Antrag von Ratsmitglied Börschel beschließt der Hauptausschuss die Angelegenheit zur weiteren Beratung in den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales (AVR) zu verweisen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

## **7 Mündliche Anfragen**

Herr Börschel trägt die mündliche Anfrage der SPD-Fraktion zur Ausstellung *Breaking the Silence* vor (Anlage).

Frau Oberbürgermeisterin Reker sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

gez. Henriette Reker  
Oberbürgermeisterin

gez. Maria Knaup  
Schriftführerin